

Merseburger Tageblatt

Unparteiische Zeitung für (Preisblatt) Stadt u. Kreis Merseburg

Bezugspreis für Post und Stadt freiliegend, Ortsbezug wöchentlich, Postweg monatlich, Nachforderung vorbehalten. Erhebt wöchentlich nachmittags. Einzelnummer 120 Mtd., Sonnabends 150 Mtd. Postfachkonto: Amt Leipzig Nr. 16 654. Geschäftsstelle: Völkerrstraße 4, Zweigstelle Gorbardstraße 38. Für unerbetene Zusendungen wird keine Gewähr geleistet. Erschließungsort Merseburg, im Falle des Gem. (Streik u. a.) besteht k. Ansp. a. Liefer. od. Rückvergrät.



Anzeigenpreis Für den achteckigen Millimeterraum 8 Goldpfennige; in Reklametext 32 Goldpf. für 5 Zeilen und 24 Goldpf. für 10 Zeilen. Bei Umrechnung in Papiermark ist der amtliche Goldmarkkurs des Zahlungstages maßgebend. Familienanzeigen ermäßigt. — Rabatt nach Tarif. — Plagiorismus ohne Verbindlichkeit. — Belegnummer wird berechnet. — Schluss der Anzeigen-Nachnahme 10 Uhr vorm. — Fernsprecher 100.

Nr. 7 Mittwoch, den 9. Januar 1924 164. Jahrgang

England gegen Frankreichs Hegemonie.

Gegen Frankreichs Rheinlandpolitik.

London, 8. Januar. Amlich wird gemeldet: Die separatistische Tätigkeit in der bayerischen Pfalz hat erneut die besondere Aufmerksamkeit der englischen Regierung auf sich gezogen, die namentlich in dieser Frage einen diplomatischen Schritt in Paris erwägen unternehmen hat. Ueber den Einbruch dieses für die Rheinlandpolitik wichtigen Schrittes am Laus d'Orsay verläutet noch nichts, doch gibt man sich in den Londoner politischen Kreisen seiner Richtung hin, daß Boncompagni diese diplomatische Aktion als eine „Ermächtigung“ empfinden wird. „Daily News“ schreiben: „Die britische Regierung, obwohl sie den Reparationsentscheidungen verurteilt hat diesen Vorfällen gegenüber eine etwas reservierte Stellung eingenommen, da sich die Komplikationen ihrer eigenen militärischen Zone ereigneten. Jetzt hat jedoch das Problem eine akute Form angenommen, da die Separatisten in der Pfalz von den fremden Regierungen eine Form der amtlichen Anerkennung nachsuchen. Dies scheint darauf hinzudeuten, daß sie einen verwegenen Schritt vorbereiten.“

Großbritannien eine neue Periode seines immer wiederkehrenden Kampfes um die Aufrechterhaltung des europäischen Gleichgewichts begonnen hat, und zwar mit dem alten Gegner, mit dem es ihn schon zweimal geführt hat. Baldwin sprach, das heute in „Oberberg“ betonte offen aus, wenn er in seinem Zeitungsartikel der Unterfertigung, was die neue Regierung tun könne, um ihre Handlungen, die die Ehre Englands zu wahren und seinen Einfluß wiederherzustellen, zu fördern, ausführt.

Die englische Politik müsse mit der Tatsache rechnen, daß ganz Europa noch lange unter einer französischen Militärdiktatur, gegründet auf Autorität, stehe, und in einem weitverbreiteten System indolenter Allianz leben müsse. „Zunächst war auch in dieser Hinsicht, und noch mehr abwärts, noch das weltliche Deutschland aus seinem Griffen lassen. Wir haben es nicht länger mit der dritten Republik zu tun, wie sie vor dem Kriege war, sondern mit etwas anderem, was man mit dem Namen eines neuen, sehr gefährlichen französischen Militärrreiches belegen könnte.“

Als Gegenmaßregeln empfiehlt Baldwin

die sofortige Anerkennung der russischen Regierung, eine ruhige und entschlossene Politik, die Deutschland in den Balkan mit einem Auge in den Ost bringen werde, ein bestimmtes Abkommen mit Italien und Spanien, enge Beziehungen zu Holland und den skandinavischen Ländern und vor allem eine energische Fortsetzung der Aufrüstung, bis England eine vollkommen genügende Luftmacht besitzt, die für es eine ebenso große Lebensnotwendigkeit ist, als es die Sicherheit für See behöre.

Der „Manchester Guardian“ erhält aus rumänischer Quelle einige Einzelheiten über einen

Konflikt zwischen Paris und Rumänien.

Vor Kurzem seien Unterhandlungen, die die rumänische Regierung mit einem französischen Syndikat wegen einer großen Anleihe führte, gescheitert, weil sich die französische Regierung mit der Forderung gewisser Privilegien in den staatlichen rumänischen Petroleumfeldern einstellte, und der rumänische Finanzminister diese Forderungen glatt ablehnte. Boncompagni habe darauf eine Antwort gefandt, die rund heraus erklärte, wenn Rumänien fortfahren würde, Frankreichs Interessen zu verletzen, würde es sich gezwungen sehen, Rumänien in seiner Richtung weiter auf gegenwärtige französische Unterfertigung rechnen, und der Finanzminister des französischen Senats habe die Ermüdung des Kredits für Rumänien auf unbestimmte Zeit verlagert, während er zugleich die viel größeren Kredite für Polen und Serbien ohne viel Aufhebens bewilligt hat.

Eine Ansprache Macdonalds.

London, 9. Januar. Bei einer Rundgebung der Arbeiterpartei hielt Macdonald eine Ansprache, in der er die Misverhältnisse und die gerechte Stimmung in der Welt, Frankreich, Italien, Jugoslawien, Deutschland, der Tschechoslowakei und allen anderen Nationen statt eines Wettbewerbes der militärischen Kräfte würde einen großen Erfolg bedeuten. Die Arbeiterpartei wolle die Regierung übernehmen, um zu versuchen, die mannigfaltigen Schmeicheleien, die jetzt England, Europa und die ganze Welt überhagen, zu beenden. Die erste große Pflicht der Partei sei es, alle Vorbereitungen für den Frieden herzustellen. In allen europäischen Hauptstädten seien Leute an der Arbeit, die glimmenden Funken des letzten Krieges nicht erlöschen zu lassen. Die Arbeiterregierung sei Leuten, die Friedenskräfte in allen Teilen Europas zu fassen. Sie werde mit allen Mitteln an der Beilegung des Rates des Völkerbundes mitarbeiten, damit er das Hauptinstrument zur Sicherung internationaler Gerechtigkeit und zur Schaffung der Bedingungen für internationalen Frieden sei. (Du lieber Gott!)

Die Eröffnung des englischen Unterhauses.

Paris, 8. Januar. Heute wird das englische Unterhaus eröffnet werden. Die Sitzung wird der Wahl des Sprechers abhandelt sein, als welcher wieder J. D. Whitley vorgeschlagen werden wird. Die übrigen Tagesordnungen sind: das Unterhaus nur für fünf Tage zusammen zu kommen, wobei die neuen Parlamentenmitglieder berechtigt werden. Der Wortlaut der Thronrede wird in einer Kabinettsitzung entweder Mittwoch oder Donnerstag festgelegt werden. Die Eingetragenen aller Parteien werden bereits heute im Unterhaus Bemühungen unternehmen, damit Vereinbarungen getroffen werden, die dazu bestimmt sind, die Abnahme bestimmter Finanzvorlagen vor dem Ende des Jahres am 31. März zu sichern. Die Labour party hält heute in der Albert Hall in London eine Siegesfeier ab. Man nimmt an, daß Ramsay Macdonald bei dieser Gelegenheit die Richtlinien seines künftigen Regierungsprogramms darlegen werde.

Frankfurt und Ruhrbesetzung.

Paris, 8. Januar. Der „Frank“ ist nach der geringen Ausbreitung, die hier bereits zur Hoffnung auf einen Umsturz im Anhang gab, wieder kalt gefallen. Das Finanzamt hat heute früh mit 97,95 und der Dollar mit 20,95 notiert. Die öffentliche Meinung Frankreichs wird durch diese Entwicklung immer besorgter.

Paris, 8. Januar. Der Finanzminister hat einen Plan zur Bekämpfung der Spekulation im Devisenhandel ausgearbeitet, wonach zunächst eine Anzahl Ausländer ausgedrängt werden, die für den Sturz des „Frank“ ver-

Französische und deutsche Wirtschaft.

Die politischen Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland ergeben immer wieder, daß Frankreichs Tatft darauf eingestellt ist, unter Ausschaltung der grundlegenden politischen Fragen vorerst eine Einigung zwischen Frankreich und Deutschland in wirtschaftlichen Dingen herbeizuführen, wobei unter „Einigung“ natürlich nur eine möglichst restlose Befriedigung französischer Ansprüche zu verstehen ist.

Das für Frankreich wichtigste Ergebnis der Ruhraktion hat darin bestanden, daß die bisher auf der deutschen Völkergemeinschaft liegenden Reparationsverpflichtungen zukünftig von der Bevölkerung der besetzten Gebiete und deren Industrie getragen werden müssen. Aus der staatlichen Haftung des Versailler Vertrages ist eine private geworden. Trotz allen sogenannten Entgegenkommen in unwesentlichen Dingen hat Frankreich die Stärke seiner Position bisher vorzüglich auszunutzen verstanden. Sein Bestreben, seine wirtschaftliche und politische Macht im besetzten Gebiet noch mehr zu verankern, sucht es auf verschiedene Weise zu erreichen. Zunächst soll ihm dazu dienen die Erneuerung der im April ablaufenden sogenannten Reumbeverträge, bei deren Neuregelung es beabsichtigt sein wird, das System der Naturalienlieferungen noch weiter auszubauen. Für die Verhandlungen des besetzten Gebietes können bei den künftigen Verhandlungen zwei Momente außerordentlich bedeutend werden. Das eine besteht darin, daß die Erfüllung der Reumbeverträge die Wirtschaft außerordentlich schwächt und daher für weiteres Entgegenkommen müde machen wird. Das andere Moment liegt darin, daß der mit dem Reum abgegeschlossene Marktvertrag zahlreiche Eingefragten unerlaubt gelassen hat, ein Limitand, der erfahrungsgemäß von den Franzosen zur Erlangung weiterer Konzessionen nicht so ausgenutzt wird. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, können die künftigen Reumbeverträge sehr leicht dahin führen, daß Frankreich große Sachlieferungen an die Mittel- und Ostländer abgeben zu lassen. Es ist schon immer französische Politik gewesen, viel zu fordern, um viel zu erhalten. Man darf sich also nicht täuschen lassen, daß die Rheinische Wirtschaftswirtschaft in der Rheinischen Wirtschaftswirtschaft nicht nur ein gleichbedeutendes mit einer noch weiteren Abhängigkeit der besetzten Gebiete von Frankreich. Dies wird sich immer mehr bemerkbar machen, wenn Frankreich sich nur auf das Eisenabkommen hinzieht. Trotz allen Bestrebens der Regie und trotz aller Zusätze läßt Frankreich von dem Prinzip der Regie ab, ist es vielmehr noch bemüht, es (besonders auf dem Rhein) noch weiter auszubauen. Durch eine Internationalisierung der Regiebahn würde an dem französischen System nichts geändert; Frankreich behielt in diesem Fall seinen überlegenden Einfluß auf das Verkehrsnetz nach wie vor, während es das finanzielle Risiko auf andere Schultern abgab. Etwas Ähnliches gilt von der Zolllinie. Für Frankreich hat sich hier die Frage erhoben, ob es im Interesse der Erhöhung seiner Einnahmen und im Interesse der politischen Abgrenzung der besetzten von den unbefestigten Gebiete die Zollgrenze beibehalten oder ob es sie, um die Märkte zu normalen Verhältnissen zu erleichtern, fallen lassen soll. Frankreich hat trotz aller damit für das besetzte Gebiet verbundenen Schwierigkeiten den ersten Weg gewählt. Auch die Frage der Erhöhung einer weiteren rheinischen Währungszone gehört zu den Punkten, die sich nur bei der Verhandlung des deutschen Einflusses und damit der Stabilisierung der französischen Wirtschaft betreffen.

Frankeits Bestreben geht dahin, unter Ausübung größter Druckes möglichst bald durch sogenannte „Anerkennungen“ vollendete wirtschaftliche Aufgaben im besetzten Gebiet zu schaffen, um die Reparationskommission ausschalten zu können. Für die Weltwirtschaft bedeutet das, daß Frankreich kaum 65 Prozent der europäischen Eigenerzeugung kontrollieren und damit für den Eisenmarkt der ganzen Welt ausschlaggebend würde.

antworthend gemacht werden. Außerdem soll der Devisenhandel an der Börse reorganisiert werden. Verantwortlichkeiten der Finanz- und Wirtschaftspolitik sind der Ansicht, daß durch Verhandlungsmöglichkeiten allein der „Frank“ nicht aufgehoben werden könne, wenn sie nicht mit finanzpolitischen Maßnahmen verbunden würden. Nach einer Mitteilung des „Figaro“ sollen im Zusammenhang mit der Unterfertigung gegen unläutere Spekulationen bereits durch den Spezialkommissionar an der Börse drei Ausländer verhaftet worden sein.

Frankfurt und Devisenfrage.

Paris, 9. Januar. Finanzminister Delafosse bezieht sich gegenüber Pressevertretern als eigentliche Ursache für das Sinken des „Frank“ die Tatsache, daß seit dem Krieg erhebliche Frankbestände in den Händen von Ausländern seien. Namentlich die Deutschen bedienen sich dieser Käufe für die Erweiterung des „Frank“ mehrheitlich und wären zu einem Druck auf die französische Währungsfrage aus. Der Finanzminister nahm auch die von deutscher Seite bereits im Reich der Fabel verbundene Behauptung auf, daß eine Frankfurter Konferenz von Vertretern der Banken im besetzten Gebiet Instruktionen für eine Kampagne gegen den „Frank“ erteilt haben sei. Die Regierung plane einen Entwurf zur

Die deutsche Regierung, obwohl sie den Reparationsentscheidungen verurteilt hat diesen Vorfällen gegenüber eine etwas reservierte Stellung eingenommen, da sich die Komplikationen ihrer eigenen militärischen Zone ereigneten. Jetzt hat jedoch das Problem eine akute Form angenommen, da die Separatisten in der Pfalz von den fremden Regierungen eine Form der amtlichen Anerkennung nachsuchen. Dies scheint darauf hinzudeuten, daß sie einen verwegenen Schritt vorbereiten.“

So veranlaßt, wie sie auch bei dem größeren Teil der Bevölkerung sind, so sind sie doch Frankreichs und Deutschlands genug, um zu glauben, daß sie die Fäden der Macht mit Gewalt an sich reißen und eine autonome Regierung einrichten können. Ihr erster Wunsch ist, die Anerkennung der hohen Rheinlandkommission zu erhalten. Die die Regierung der Alliierten repräsentiert. Die Haltung der britischen Regierung ist, daß wenn eine Körperlichkeit, wie die Rheinlandkommission, einen Regierungswechsel dieser Art anerkennen würde, so würde dies im völligen Gegensatz zu dem Versailler Vertrag stehen.

Französische „Achtung“ vor der Presse-Freiheit.

London, 9. Januar. Die päpstlichen Blätter, die die katholischen Kirchenvereine, Befürworter des französischen Völkereigentums, die in der Pfalz, die die die separatistische Regierung der Pfalz als ungesetzlich ablehnt und nur die deutschen Behörden als zu Recht bestehend anerkennt, sind gestern von der Befreiung des Reiches abgelehnt worden, die folgende Begründung in Bezug auf den Epilog des Blattes zu bringen. Nachdem die hohe internationale Rheinlandkommission die Verhandlungen der Regierung der autonomen Pfalz, die ihr von dieser Genehmigung unterbreitet wurden, waren am 2. Januar 1924 amtlich eingetragen hat, muß die Befreiung der Pfalz durch die bayerischen Behörden als null und nichtig betrachtet werden.

Der Druck der französischen Hegemonie.

London, 8. Januar. Die beruhigenden Versicherungen, mit denen man in den letzten Tagen von französischer Seite sehr freigebig war, haben hier wieder in den amtlichen Kreisen noch in der Presse eine tiefe Wirkung gehabt. Man meint sogar, Dr. Beneš laufe Gefahr, sich lächerlich zu machen, wenn er versuche, die französisch-deutsche Allianz als einen wertvollen Beitrag für den Wiederaufbau Europas hinzustellen. Der Wadmut nachstehende „Obener“ deutet darauf hin, die Wiederherstellung des Friedens im Westen Europas und die endgültige Lösung des Reparationsproblems seien für jedes Land, das am Versailler Vertrag interessiert ist, die ersten aller Probleme.

Indem die Tschechoslowakei sich der Militärpolitik Frankreichs anschließt, trage sie nur dazu bei, eine solche Lösung unmöglich zu machen.

Handlungen des Völkerbundes offenbart zu machen. Niemand sollte das besser wissen, als Dr. Beneš. Führt solche den tschechischen Staat zu seinem anderen Trophäe.

England und hierin steht Italien auf seiner Seite — kann sich keine „Gegensatz“ von Frankreich gestalten lassen, und wir erwarten, daß die neue britische Regierung das vollkommen klar zum Ausdruck bringen wird.

Der unantastbare „Dutoul“ unterstreicht diese Spitze in folgenden Ausführungen: „Alle Italiener, von Mussolini an, scheinen über den Vertrag nicht zu sein, und das mit Recht. Dieser Vertrag ist den tschechischen Interessen Italien gerichtet.“

Indem er die Tendenz hat, einen Ersatz für Österreich unter der Kontrolle Frankreichs einzuführen, unter der Kontrolle Deutschlands zu schaffen. Dieser Standpunkt bedeutet weiter, daß die Franzosen nun in Polen nur noch ein gebrochenes Rohr sehen; denn die Polen, deren Dispositionen mit der Tschechoslowakei atakt sind, sind von dem Allianzverträge mit Prag alle andere als erbaut.“ Das Blatt sieht ein weiteres bedeutsames Symptom in den französischen Bemühungen.

Wahen unter französische Kontrolle zu bringen, in Frankreich die republikanische Bewegung untersteht, aber für alle Fälle gleich gut zwei Fronten bilden bereit, aber — Die englische Reaktion gegen diesen Allianzvertrag illustriert sehr gut eine Tatsache, auf die wir in der letzten Zeit wiederholt hingewiesen haben, die nämlich, daß England immer deutlicher zum Bewußtsein kommt, daß für

Durch Kampf zum Sieg.

Roman von Erich Ebenfeld.
Kleindruck verboten.

„Ja — bloß ich bins! Zu sagen hab ich dir was, Müller.“
„Warten! Warten in der Nacht? Warum?“
„Beim Tag traust sich ein Mensch nicht mehr herauf. Daß's selber gehört neulich, wie sie reden von uns, die Leute. Und die Müll' gar — die kann mich gar nicht ausfinden — sagt mir alles gleich schlecht aus. So hab ich mir halt gedacht, ist am besten in der Nacht, weil du selber ja auch nicht mehr zujuchst in meiner Bottschaft.“
„Aber wenn dich wer sieht da, nachher ist das Gerücht erst recht fertig! Dätest mir morgen können Bottschaft schicken.“
„Schon. Wenns nit ganz heimlich sein müßt, daß ich dir sag, was vorgeht, Müller. Kommt am helllichten Tag zu mir, könnt der, den ich meine, leicht was erfahren und sich denken, ich hätte dich gewarnt.“
„Neb denklich. Wer ist der und was soll er mir antun?“
„Sie heugt sich ganz blöde an ihn heran und blöde ihn an das Dunkel des Schuppens.“
„Der Bernhartner Katenbauer“, flüstert sie, und dann erzählt sie ihm alles, was er ihr heute gesagt hat. Nur von seiner Liebe und dem Betränseln durch Schwägerin. Sie legt sich tief hin. „Jetzt weißt es. Lieber Nach, wenns ihm einfallt, dir das Wasser wegzunehmen, kannst ein Vertilger sein. Neulich hab ich dir geraten, es mit der Gemeinde zu halten und Prozeß zu führen. Heute ist alles anders. Werkaufen müßt du deine Mühle in aller Eile, sobald wie möglich, eh noch jemand was weiß von dem, was geschehen kann. Laß die andern streiten, wie sie wollen, und werd dich auf die Seite der Herrschaft, damit du gewinnst nachher, sobald du einen Käufer hast, mach dich still davon. Ich machs auch. In Friedleben ist kein Boden mehr für uns, auch wird anderswo wohl auch noch zu leben sein.“
„Sie schweigt. Aber Dank und Zustimmung, auf die sie gerechnet hat, bleiben aus. Nur ein Seufzer klingt leise halbunterdrückt aus dem Dunkel zu ihr, und denn die bestimmte Frage: „Warum verrätst mir das alles, Badewirtin? Hab gemeint — nach dem, was ich lechzig gesehen habe, daß der Inspektor dich gern hat und du ihn auch?“

„Ja?“ Martina fährt erregt auf. „So? Das hast gemeint? Nachher müßt schon ganz blind sein, Heideich —“
„Sie greift im Dunkel nach seiner Hand.“
„Weil ich freudlich war zu ihm? Und mit woffen hab, daß er einen Haß auf dich wirk? Nein! So schlecht hast mich verstanden! Kann schon sein, daß er mich gern hat — aber ich? Mit ein bißel was mach ich mir aus ihm! Nur verberben darf ichs nit mit ihm — schon zuerst was wegen dir —“
„Heideich zieht seine Hand zurück. Wieder, wie schon so oft, steigt in ihrer Nähe ein Unbehagen in ihm auf. Sie aber fährt hastig fort: „Verstanden hast mich doch? Und gelt Heideich, du wirst tun, was ich dir geraten hab?“
„Nein“, antwortet er, ohne zu zögern, in festem Ton. „Mein Heimathaus verlassen, die Gemeinde hinterläßt im Stich lassen — das erlebtest du nie, Badewirtin!“
„Und wenn er dir's Wasser wirklich nimmt? Wenn deine Mühle feiern muß?“
„Martina's Hand legte sich zitternd auf seinen Mund.“
„Weiß ich immer noch der Bauer Heideich. Ein Stükel Brot wüßts wohl eintragen, und lieber, trocken Brot essen, als ein schickler Kerl werden, der die andern im Stich laßt, um das Seine zu retten. Nein, Badewirtin, so einen bin ich nit.“
„Die andern, die andern!“ stößt sie erregt heraus, „die dich abgeleht haben und dir nit Gutes mehr zutrauen — zum Nachen ist's, wenn du darum.“
„Ach, Badewirtin! Ich hindere dich nit.“
„Er schüt plötzlich ihren Atem heiß über sein Gesicht streichen.“
„Laß dir doch raten, Heideich“, flüstert sie ihm ins Ohr, „dein Unglück ist's, wenn du da bleibst. Du weißt ja nit — sie haben Waffen gegen dich — nit einmal unser Herrgott kann dich mehr erretten vor der Schand!“
„Badewirtin! Was soll das heißen?“ Mit einem Ruck hat er sie aus dem dunklen Schuppen hinausgezogen auf den leucht monderhellsten Rasen und tarret ihr drohend in das weiße Gesicht, aus dem ihre Augen ihm völlig schwarz entgegenflammen.“
„Gib Antwort! Was steht hinter der Red? Wie kannst du von Schand reden, wo ich mein Lebtag nit Unrechtes getan hab?“

Unter seinem eisernen Griff und den drohenden Blicken fährt sie sich zusammen — erschrocken über das, was ihr in der Erregung wider Willen einschließt ist.
Im nächsten Augenblick schüttelt sie verlegen lächelnd den Kopf.
„Müß's nit für ungut nehmen, Müller — eine Rache bin ich halt, weißt ich mich so viel anginge um dich.“
„Was hast gemeint?“
„Gott im Himmel! — nit! Ohne Gedanken hab ich dahergeredet — was sollt ich denn auch gemeint haben? Aber schau, Müller, noch einmal bitt ich dich: Geh fort von Friedleben!“
„Ihre Stimme ist wieder dringender geworden. Heideich läßt ihren Arm los und wendet sich ungeduldig ab.“
„Wieder aufgrund gehen, als fort von Friedleben“, sagt er kurz, während sein Blick unwillkürlich über die Häuser hinweg den Giebel des Zehnwirtshaus am unteren Dorfeende sucht und weid daran hängen bleibt.
Martina sieht den Blick. Und wild quillt plötzlich die Eifersucht in ihr auf.
„Sie laßt kurz und spöttlich auf.
„Ach so — der Scheinheiligen Dirn wegen magst nit fort!“
„Badewirtin“, sagt er, sich langsam nach ihr umwendend, in strengem, kaltem Ton, „von der verbiest ich dir zu reden. Kein Wörtel sagst über sie oder ich vergeß, daß wir zehn Jahre lang Nachbarschaft gewesen sind!“
„Gern halt sie!“ schiebt Martina, alle Befinnung vergebend, wild auf.
„Er müßt sie mit abwendendem Blick.“
„Und wenn — gehts dich was an, Badewirtin?“
„Ja! Und tausendmal ja! Wißt denn blind, Gabriel, daß du's nit wahrnehmen willst, wie ich dich gern hab, schon so lang? Glaubst, die unreife Dirn könnt dich je so gern haben wie ich? Die vor ihrem Vater zittert und die in Laupfaß geben wird, wenn er's will? Blödest dir ein, die wüß' etwa zu dir stehen, enn du einmal in der Rot bist? Ein Narr bist, wenn du das denkst. Ich Narr, wenn du deine Lieb an die verschwendest, die sich dem reichen Beitelbauer verschreiben hat und gern und willig den Dummel an heiraten wüß, wüßts ihr Vater will und sie so eine reiche Bäurin wüß!“

(Fortsetzung folgt.)

Der Boxerkönig von New-York

am Freitag in den
Kammer-
Sichtspielen

Als Abschlußzahlung auf die Einkommensteuer für das Kalenderjahr 1923 haben die Einkommensteuerpflichtigen die erste Abschlagszahlung nach dem Gesetze vom 9. Juli 11. August 1923 zu entrichten hatten, bis zum 10. Januar 1924 einen Betrag von 0,40 Goldmark für jede vollen tausend Mark der Jahressteuer zu zahlen. Soweit der Feststellung des Einkommens ein Wirtschaftsjahr (Wirtschaftsjahr) vor dem 1. Juli 1923 zugrunde liegt, beträgt die Abschlagszahlung 1,600 Goldmark für jede vollen tausend Mark der Jahressteuer. Als Jahressteuer gilt die für das Kalenderjahr 1923 festgesetzte Einkommensteuer nach Abziehung des im Jahre 1922 einbehaltenen Steuerabzugs. Abweichende Festsetzung der Abschlagszahlung bleibt in besonderen Fällen auch nach dem 10. Januar 1924 vorbehalten. Wird die Zahlung nicht pünktlich geleistet, so ist für jeden auf den Zeitpunkt der Fälligkeit folgenden angefangenen Monat ein Zuschlag in Höhe von 5 v. H. des Rückstandes zu zahlen. Der Zuschlag wird jedoch nicht erhoben, wenn die Zahlung bis zum 17. Januar 1924 einschließlich entrichtet ist. Merseburg, den 7. Januar 1924. Finanzamt.

Freyberg Bock
wollschmeckend u. süßig

Drucksachen aller Art

für Behörden, Handel und Industrie wie
Formulare, Briefbogen, Rechnungen,
Kataloge, Werke, Preislisten usw. sowie
alle Familien-Drucksachen liefert schnell
und preiswert in einwandfreier Aus-
führung die Buchdruckerei der —

Merseburger Druck- u. Verlags-Anstalt

L. Baltz
Merseburger Tageblatt (Kreisblatt).

Stadttheater Halle
Mittwoch, abds. 7 1/2 Uhr
Die lustig. Weiber
von Windsor.
Oper von Nicolai. (Nach dem gleichnamigen Lustspiel W. Shakespeares.)
Donnerstag, abds. 7 1/2 Uhr:
Minnar. Barnhelm
oder Das Soldatenglied
Lustspiel in 5 Aufzügen v.
G. E. Lessing.
Freitag, abds. 7 1/2 Uhr:
Die toten Augen.
Sonntag, abds. 7 1/2 Uhr:
Knecht Rupprecht
Erzähler.
Lustspiel in 3 Akten.
Sonntag, abends 7 1/2 Uhr:
Die toten Augen.

Bekanntmachung.
Die Geschäfte des Finanzamtes Merseburg bei der Verwaltung der Grundsteuer für den Stadtkreis Merseburg sind vom 1. September 1923 ab auf den Magistrat Merseburg übergegangen.
Der Präsident des Landesfinanzamtes.

Dornwacken,

vorzügliches Material zur Wegeverbesserung, für Grottenbauten und dergl. werden in beliebiger Menge kostengünstig abgegeben vom

Salzamt Dürrenberg.
Auskunft erteilt der Grabelmeister.

Maß- preßsteine

je Tausend 13,30 Mk.
Grube Nr. 90/496
b. Döllnitz.

Ordnungsnehmern der Schuhwarenbranche sucht in bevorzugter Geschäftsstelle Merseburgs sofort geeigneten

Laden mit Lager und Büro.

Eloff, an Architekt W. D. H. J. Günther,
Leipzig, Neumarkt 38, II. Tel. 28209.

Mineralöle und Fette

für jede Verwendung.

Benzin - Gasöl - Petroleum
ab Lager Halle und Magdeburg
:-: in la Qualitäten zu :-:
günstigen Preisen empfiehlt

Kohle, Akt.-Gas., Magdeburg
Eigene Tankanlagen, Kesselwagen,
Eisenfässer etc.

Vertreter: **Hermann Baum,**
Ammendorf (Saalkr.).
Regensburgerstr. 5, Tel. 110.

Suche zu tauschen

Personen- Kraftwagen

2000, 1918, 1921, 1922, 1923, 1924, 1925, 1926, 1927, 1928, 1929, 1930, 1931, 1932, 1933, 1934, 1935, 1936, 1937, 1938, 1939, 1940, 1941, 1942, 1943, 1944, 1945, 1946, 1947, 1948, 1949, 1950, 1951, 1952, 1953, 1954, 1955, 1956, 1957, 1958, 1959, 1960, 1961, 1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967, 1968, 1969, 1970, 1971, 1972, 1973, 1974, 1975, 1976, 1977, 1978, 1979, 1980, 1981, 1982, 1983, 1984, 1985, 1986, 1987, 1988, 1989, 1990, 1991, 1992, 1993, 1994, 1995, 1996, 1997, 1998, 1999, 2000.

40 Stück
hochranende
Stübe u.
Färjen

nur allerbesten Qualität bei mir zum Verkauf

Zuchtviehimport
L. Nürnberger, Fernr. 28.

Gitarren- u. Laute- Unterriht

nur Kammer- u.
Hausmusik
erteilt gründlich
Amand Polten
Halle

Gitarren- u.
Laute-
unterricht
in d. Stadtb. f. den
Buchhandlung.

Suche zum 1. oder 15. Februar eine Stelle als

Kindergärtnerin.

Alter 18 Jahre, prima Zeugnisse. Am lieb in der Expedition oder im Umgeben. Best. Angebote an Paula Reicha, Eisenbahn, Kaiserstraße 58.

Zement- Ziegel

Doppelfalzziegel
Kronen- u. Hirschschwänze,
Hirschschwänze
Fitzziegel

sowie Zementfliesen ein- u. mehrfarbig (für Fluren u. Küchen usw.) Zement u. Betonplatten, Zementtafeln, Zement-
Betonpfeiler für Entwässerungen; preiswert, in erstklassiger
Qualität und jeder Menge ab Lager lieferbar.

Mitteldeutsche Zementwarenfabrik G. m. b. H.

Markranstädt.

Berl. man Sie Preisliste oder Bestel-

Deamer in diesem Stad-
m. g. Entl. laut die Vst.
einer mir nicht Dame m
gut Charakt. Ant. 30 J.
geb. 1871. E. v. d. m. g.
H. u. D. mit M. J. a. d.
Expedition dieses B. d. a. t.

Kristallkrone

(el.) 9 Kammer geg. Specht,
Wurst und Fett einzu-
tauschen gesucht. Angebote
an d. Exp. Hälberstraße 4.

Schafwolle

kanft hier jeden Vollen
Pohl
Sophien-
Leipzig Telefon
11 516

Feinstes Stricknarn zur
Gegenleistung
Beste Arbeitsweise
händler u. Landm...
Angebote
immer erwünscht!

Das Tagesevrad von Tivoli.

Nur noch heute
Mittwoch Abend 8 Uhr

Wicster - Abend Orlando di Lasso

Der König der Gedankenleier.
Das unüßbare Rätsel
des 20. Jahrhunderts.
Das Berliner Tageblatt schreibt: „Wer
Orlando di Lasso nicht sah, hat viel in
seinem Leben veräumt!“
Vorverkauf ununterbrochen im „Tivoli“.

Die Lage der Angestelltenversicherung.

Die öffentliche Aufmerksamkeit ist in den letzten Jahren so reichlich von der Außenpolitik und den inneren Unruhen beansprucht worden, daß sie die Not mancher, das Gemeinwohl fördernder Einrichtungen kaum oder garnicht beachtete. Dazu gehört auch die staatliche Angestelltenversicherung. Sie befindet sich lange Zeit in harter Bedrängnis. Ähnlich wie bei der Invalidenversicherung, die sich zudem sogar auf Reichsmittel stützt, gingen die gesamten Einnahmen fast vollständig für die Bewaltung drauf, ja reichten in manchen Monaten nicht einmal hin. Die bei dem verhältnismäßig kurzen Weibchen der Selbstversicherung noch wichtige Gegendarmleistung, das Selbstfahren, mußte vorübergehend eingestellt werden. Die von der Versicherung ausgehenden Renten waren außerordentlich mäßig. Verursacht wurde diese Notlage durch die zuweilen geradezu lächerlich niedrigen Beiträge. Rechnet man die erhobenen Papiermarksätze mit Hilfe der Lebenshaltungsmessiger des Reiches auf ungefähre Goldbeiträge um, dann kommt man schon im Januar 1921 auf monatlich 0,14 in der niedrigsten und 2,25 Mark in der höchsten Beitragsklasse gegen 1,60 und 26,60 Mark in den Vorkriegsjahren. Im Februar 1923 waren die Sätze bereits auf 0,02 bzw. 1,83 Mark gesunken, fielen bis Juni weiter und stiegen im nächsten Monat gar auf 0,002 und 0,13 Mark. Verantwortlich für diese unzulänglichen Beiträge ist unsere Gesetzgebungsmaschine, der die Beitragsfestsetzung vorbehalten war, die aber für einen so hoch billigen Werteschild unseres Geldes, wie wir ihn erlebt haben, zu schwerfällig ist. Sinau kommt, daß die Sozialdemokratie und ihre Vordermänner in der Regierung an der Sebung des Lebens weils interessiert waren. Den Sozialdemokraten erschien im Gegenteil die Notlage der Reichsversicherungsanstalt als ein geeignetes Mittel, ihren Wahlkampfsplan auf Verarmung der Angestelltenversicherung mit der noch größeren Not leidenden Arbeiter-Invalidenversicherung durchzuführen. Das die Sozialdemokratie einen besseren Anknüpfungspunkt für ihre Verbündeten um die Zusammenlegung der beiden Einrichtungen nicht finden konnte, beweist, daß sich der Gedanke einer selbständigen Angestelltenversicherung glänzend bewährt hat. Umso mehr war die Notlage der Reichsversicherungsanstalt zu beklagen. Man muß sich wundern, daß die Reichsversicherungsanstalt unter diesen Umständen und obwohl sie nicht wie die Invalidenversicherung durch Darlehen oder Zuschüsse vom Reich unterstützt wurde, überhaupt durchgehalten ist. Das ist allein ihrer umsichtigen Vermögensverwaltung zu danken. Sie erkannte frühzeitig die der Versicherung durch die Inflation drohende Gefahr und legte, soweit das überhaupt in ihrer Macht stand, die eingehenden Gelder rechtzeitig wertbehaltend an. Leider mußte der größte Teil der wertbehaltenden Anlage sehr rasch wieder preisgegeben werden konnte.

Somit ist der verantwortliche Leiter, wie die in den Selbstverwaltungskörpern vertretenen Arbeitgeber und Arbeit-

nehmer haben es zu keiner Zeit an Bemühungen fehlen lassen, der Versicherungsanstalt zu wertbehaltenden Beiträgen zu verhelfen. Aber erst am Ende des Jahres hatten ihre Bestrebungen Erfolg. Durch die Verordnung vom 23. November 1923 wurden die Beiträge zur Angestelltenversicherung unabhängig von denen der Invalidenversicherung festgesetzt. Man geht wohl nicht fehl, wenn man darin eine amtliche Anerkennung des Grundsatzes vermutet, daß es ungewöhnlich ist, die eine Klasse lediglich dasselbe leisten zu lassen, weil die andere leidet. Leider sind die gegenwärtigen Beiträge der beiden Klassen wieder durch eine gemeinsame Verordnung geregelt. Im übrigen aber brachte diese Verordnung einen weiteren Fortschritt. Nach ihr werden vom 1. Januar die Beiträge in Wertmarken erhoben. Die Festsetzung unserer Währung hat zur Überwindung der Krise natürlich gleichfalls nicht unerheblich beigetragen.

Bis Mitte vorigen Jahres bedurfte jede Beitragsregelung einer Gesetzesänderung, die auf dem langen Wege über den Reichstag nur schwer, in allen Fällen aber nur ver spätet herbeigeführt war. Die leitenden Körperpersonen der R.V.A., das Direktorium und der Verwaltungsrat, die in jener Zeit zu einem bligen Verwaltungsapparat herabgedrückt waren, hatten auf das Schicksal der ihnen anvertrauten, für das Wohl hunderttausender Versicherter eminent wichtigen Versicherungsanstalt keinen unmittelbaren Einfluß.

Aus dieser Sachlage heraus stellte im Verwaltungsrat dessen Mitglied Winter einen von den Vertretern des Verbandes weils. Handels- und Vöroangestellten und des G.D.A. unterstützten Antrag, wonach der Reichsversicherungsanstalt größere Machtmöglichkeiten zugestanden werden sollten. Es ist zu hoffen, daß die auf Grund dieses Antrages eingeleiteten Verhandlungen zum Erfolg führen. In der Angestelltenversicherung sollte die Selbstverwaltung den reinen Ausdruck finden, zumal sie öffentliche Mittel nicht beanprucht. Das Reich sollte sich darauf beschränken, über die Wahrung von Gesetz und Sägung zu wachen. Lieberläßt man den Arbeitgeber und Angestellten die Führung und Bewaltung der von ihnen selbst für ihre eigenen Zwecke aufzubringen werden, dann dürfen die Gefahren für die Reichsversicherungsanstalt endgültig überwunden sein: die Angestelltenversicherung wird mehr noch als bisher dem Angestelltenstand und damit dem deutschen Volk ein Segen werden. Außerdem entlastet man die Behörden von Einmischungsbeugnissen, die der Allgemeinheit keinen Vorteil bringen, die Behörden überflüssigerweise unpopulär machen und ohne zureichenden Grund die Steuern hinaufschrauben. Die schon heute mit der Selbstverwaltung der Angestelltenversicherung betrauten berufs- und ehrenamtlichen Personen würden in ihrem Verantwortlichkeitsgefühl bestärkt und keine Virofraktion würde sie an fruchtbarer Arbeit hindern. Alles das läßt uns wünschen, daß dem oben erwähnten Antrag Winter im weitesten Umfang Satzgegeben werde.

Verchiebung der Steuer-Holverordnung.

Das Reichskabinett hat heute nachmittag zum ersten Male wieder zusammengetreten, ist, wird vorläufig nur eine Reihe kleiner Angelegenheiten, da inzwischen wieder die großen außenpolitischen, nach die innerpolitischen Fragen zur endgültigen Regelung rief geworden sind. Die Entscheidung über die dritte Steuer-Holverordnung und die Aufhebung der Hypotheken- und Obligationen wird sich wahrscheinlich noch mindestens eine Woche hinauszögern, da das Reichsfinanzministerium die Verhandlungen mit den Ländern nicht rasch abenden konnte, wie ursprünglich erwartet wurde.

Neben dem Problem der Hypotheken, der Obligationen und der Wetzinssteuer ist jetzt die Frage des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden in den Mittelpunkt getreten, da diejenigen Länder, die das Projekt des Reichsfinanzministeriums ablehnen, mit eigenen Steuerplänen nicht bis zu dem Punkte fertig sein werden, wo noch einen neuen Finanzausgleich zwischen dem Reich und den Ländern die hohen Zuschüsse des Reiches nicht mehr zur Verfügung stehen würden.

Nachdem auch von Mitgliedern des 15er-Ausschusses des Reichstages gegen die gesetzliche Festlegung der Einverlebung der Hypotheken und Obligationen schon im voraus Einspruch erhoben ist und das Reich und die Länder auf andere Steuerquellen, unter Wöschung der Bundes- und Landessteuern, ist im Finanzministerium vorläufig noch nicht einmal die Grundlegung eines endgültigen Entwurfs aufgestellt.

Auch die letzte Verordnung über die Goldbilanzierung der Aktien-Gesellschaften ist noch Gegenstand der Erörterung zwischen dem Reich und den Ländern, weil einzelne Länderregierungen von der Schaffung der Bundes- und Landessteuern sehr ungünstige Wirkungen auf die kleinen Aktien-Gesellschaften und die kleinen Aktionäre befürchten und eine Änderung dieser Bestimmungen im Zusammenhang mit der endgültigen Regelung der Frage der Obligationen und der Obligationsteuer möglich ist.

Eine Warnung.

Der Chef der Seeresetzung hat dem bekannten Wirtschaftspolitiker und Statistiker Richard Calber eine Warnung zugehen lassen, weil er in seinen wirtschaftlichen Tagesberichten v. 24. Dez. d. J. der Reichsregierung vorzugesprochen habe, daß sie durch eine neue Inflation des Geldes aus „Dummheit oder Ablicht“ betrügle. Derartige Artikel seien geeignet, das Vertrauen in die wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung zu untergraben, und eine Beunruhigung im Volk herbeizuführen. Der Chef der Seeresetzung, hat ferner mitgeteilt, daß er sich im Wiederholungsfall genötigt sehe, mit den Mitteln des Ausnahmestandes gegen ihn vorzugehen.

Richard Calber ist nicht ein p-befehliger, ist seit langen Jahren einer unserer hervorragenden Wirtschaftskritiker, ein Mann von außerordentlichem Scharfsinn. Wenn er vom Chef der Seeresetzung „vermannt“ wird, weil er der Regierung „Vorsicht“ aus „Dummheit oder Ablicht“ durch eine neue Inflation warnt, so hängt das hart, hängt also die Warnung des Chefs berechtigt. Wenn es eben nicht gerade Calber wäre, der damit getroffen wird. Ruffste ihn die Seber aus — man könnte es nach der Darstellung des Chefs der Seeresetzung fast meinen — so wird er das noch

selbst schon beklagen. Aber nicht er ruft Beunruhigung im Volk hervor, nicht er untergräbt das Vertrauen in die wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung.

Geschickter als eine solche „Verwarnung“, als die Drohung „mit den Mitteln des Ausnahmestandes“ gegen ihn vorzugehen, wäre es von der Regierung wohl gewesen, die Ausführungen Calbers nun zum Ausgangspunkt einer Verzichtigung, einer Belämpfung des Mißtrauens zu machen.

„In dem kleinen Wörtchen „Ablicht“ — und vor allem dieser Kredit ist die Grundlage der deutschen Währung — liegt der Begriff des Zutrauens. In das erköhltere, dann helfen nur Taten nach, aber keine „Erklärungen“. Sicherlich aber keine Verbote.

Man weiß auch nicht, ob Friedrich Wilhelm I. mit seinem Arktid und mit jenem: „Ihr sollt mich nicht fürchten, ihr sollt mich lieben!“ irgendwelchen praktischen Erfolg erzielt hat.

Stahelium am 18. Januar.

Stahelium, 8. Januar. Wie schon die Presseberichterstattung des Staheliums mittelt, beschäftigt dieser, zur Feier der Reichsgründung am Freitag, den 18. Januar 1924 mit

4 Gruppen Massenveranstaltungen

in der Stadt herauszutreten. Alle vaterländischen Verbände haben ihr Erscheinen zugesagt. Die ungenügenden Staheliumgruppen werden auf die Sätze verteilt. Hunderte von Fahnen werden nicht gedrängt die Sätze schmücken.

Die Veranstaltungen sind öffentlich. Es werden sprechen die Generale Hgmann, Maerker, v. Döbichsdorf und Oberpfarrer Martin-Magdeburg. Die Feiern werden eingeleitet durch musikalische und rezitatorische Beiträge. Als Vortale sind in Aussicht genommen: gr. Thaliaaal, Neumarischshaus, oberer Saal des Stadtschultheißenhauses, unterer Saal des Stadtschultheißenhauses. Die nationale Bebauung mites wird sich hauptsächlich in Wästen an diesen Standorten bestiegen. Näheres wird der Stahelium noch bekannt geben.

„Wie ein Stamm von Wilden behandelt.“

Amsterdam, 5. Jan. Ein Sonderkorrespondent des „Algemeen Handelsblad“ hat dem Stahelium und Schuppenweg bewohnte und zahlreiche Studierenden durch das besetzte Gebiet gemacht hat, führt in seinem Buche aus:

Wenn man von einer Balkanisierung Europas sprechen dürfte, so sei die Frage erlaubt, ob dies nicht eine unbedenkliche Kränkung für die Bewohner des Baltan ist. Wer es erlebt habe, wie die belgischen Genossen in Lachen die deutsche Bevölkerung mit Scherzreden und Gummihüten besorgener gewöhrt würde, der würde erkennen, daß die fleißige und laubere Bevölkerung des kulturell am höchsten entwickelten Teiles Europas, nämlich des Rheinlandes und des Ruhrgebietes, nicht wie ein Baltanwall, sondern wie ein Stamm von Wilden behandelt werde.

Das Kinderelend in Berlin.

Washington, 7. Januar. Professor Emerson von der Universität Columbia, der zusammen mit Professor Patterson von der Universität Pennsylvania von General Allen nach Deutschland entandt wurde, um festzustellen, in welchem Maße tatsächlich Not herrsche, hat folgende Meldung nach Amerika gebracht:

Nach vierstägigem Studium der Berliner Krankenhäuser, Säuglingsheime, Kinderheime, Heilanstalten, Erbschulen, alle finde ich die Verhältnisse über Ausdehnung und Zunahme der Unterernährung durchaus bestätigt. Die Hilfsversorgung Berlins beträgt nur noch ein Zehntel der Vorkriegsmenge. Ein Viertel der Bevölkerung Berlins ist auf private und staatliche Unterstützung angewiesen. Der Mangel an Nahrungsmitteln, Kohlen und Licht und die Wohnungsnot im Verein mit dem Schicksal der Krankenhäuser und der geringen Anzahl von ärztlichen Hilfen hat starke Zunahme von Krankheiten zur Folge. Viele Kinder leiden geringen Mangel an Schuhen und Unterkleidung. Die deutsche Gesellschaft sowohl wie die Einzelunterstützung bilden einen wichtigen Faktor in dem Elend. Für die Unterernährung fehlt es hauptsächlich an Milch, Butter, Fett und Lebertran.

Protest gegen das „Dymiden“-Beleid.

Der „Berliner Reichstreuer Männer und Frauen“ schreibt heute an den Reichsminister des Inneren Dr. Stresemann in Berlin: Die in der Zeitung „Der Arbeiter“ am 2. Januar 1924 veröffentlichten Artikel über die Verhältnisse des uns geräubten Luftschiffes des Reichs der deutschen Regierung ausgeprochen haben. Der unterzeichnete Berlin ist auf das tiefste empört über einen solchen Schritt, der der Würdelosigkeit geradezu die Spitze aufsetzt. Er hofft, daß die Zeitungsmeldungen falsch sind und daß der Aufseher sofort eine entsprechende Berichtigung an die Zeitungen gibt. Der genannte Artikel weils sich mit der hier ausgeprochenen Empörung eins mit allen deutschen Männern und Frauen und mit allen deutsch denkenden und fühlenden Streikern unseres Vaterlandes bei allem Mißgefühl für die Hinterbliebenen der Opfer der Katastrophe.

Giebesgaben der Auslandsdeutschen.

Berlin, 7. Januar. Eine besonders praktische und wirkungsvolle Form für die Unterstützung der notleidenden Heimat haben die Deutschen in Brasilien gefunden. Der Giebesgabenzentralauschuß für Brasilien“ unterhält in Rio de Janeiro eine Geschäftsstelle, bei der sowohl fertige Giebesgabenpakete und -listen für Angehörige oder Bekannte der Heimat gearbeitet, daß sie, besonders infolge billigen Einkaufs, paratieren Betriebes und vorteilhaftester Auslieferung der Kurs-Chancen einen Ueberchuß von 75 Contos de Reis, d. h. 75.000 Markts erzielte, die nach dem augenblicklichen Kursstand etwa 30.000 Goldmark bedeuten. Diesen Betrag hat der Giebesgabenzentralauschuß für Brasilien zunächst dem deutschen Vaterland unter anderem durch den deutschen Organisationen zur Verfügung gestellt.

Neben dem Auschuß in Rio de Janeiro arbeiten noch in anderen brasilianischen Städten, in denen sich deutsche Kolonien befinden, ähnliche Organisationen zum Besten der Heimat.

Giebesgaben der Bulgaren.

Berlin, 7. Januar. Das befreundete bulgarische Volk will in der wertigsten Weiseleistung für das notleidende deutsche Volk hinter den anderen Völkern nicht zurückbleiben. Schon seit längerer Zeit wird in Bulgarien ein lebhaftes Bestreben zu diesem Zweck entfaltet, die schon sehr beachtenswerte Ergebnisse erzielt hat. So hat vor einiger Zeit der Auschuß bulgarischer Studenten in Sofia ein größeres Tanzfest zugunsten der Deutschen Studentenhilfe veranstaltet. Das finanzielle Ergebnis des Abends, der aus allen bulgarischen Kreisen und von allen dort lebenden Deutschen begeistert war, belief sich auf circa 3.000 Bana. Die unmittelbare an die Studentenhilfe überandt worden sind, ferner ist, um eine allgemeine Sammlung zu veranstalten, in Sofia eine „Deutsche Volks- und Kinderhilfe“ gegründet worden, deren Komitee aus Bulgaren und Deutschen besteht. Die „Deutsche Volks- und Kinderhilfe“ hat einen warmen Auftrieb in der Presse beschaffen, in dem alle bulgarischen Kreise zu Spenden zur Umwendung der Not im deutschen Volk aufgefordert werden. Schon das bisherige Ergebnis dieser Sammlung beläuft sich auf viele Hunderttausende Bana, und es ist beabsichtigt, diese Sammlung in verstärkter Weise im ganzen Lande fortzusetzen. Außer den Geldsammlungen und auch Sendungen von Lebensmittel und Futur ist auch ein wenig Geld gesammelt. Das deutsche Volk wird die wertigste Hilfeleistung um so dankbarer begrüßen, als sie von einem Volke ausgeht, das selbst unter den Folgen des Krieges schwer leidet.

Wenn der Frank sinkt . . .

Paris, 7. Januar. Der Franzos, der hier lebhaft Beunruhigung erregt, ist heute dem Tageshefte der Pariser Presse, Le Vater und bemüht, das Publikum durch der großen Gefahr zu überzeugen und „zu energischer Verteidigung“ der französischen Franken aufzufordern. Die Anklagen über die wahren Ursachen des Frankturzes und die besten Mittel zum Schutze des Frank gehen aber fast auseinander.

Einige Zeitungen erklären den Niedergang des Frank durch

eine „deutsche Offensiv“.

Der „Bett Pariser“ veröffentlicht eine aufsehenerregende Meldung aus Berlin in der behauptet wird, der Frankturz sei auf einem Kontrakt deutscher Bankiers in Frankfurt a. M. am 8. November abgeschlossen worden. (1) Die Offensiv habe daraufhin am 13. November an der Amsterdamer Börse begonnen. Die deutsche Finanz werde dabei durch gewisse ausländische Finanzgruppen unterstützt. Die französische Regierung sei in Besitz von Dokumenten gelangt, durch welche diese Zusammenarbeit bewiesen werde.

